

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 05.03.2018
Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Straße 141,
26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:21 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Susanne Lamers CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Erich Bischoff CDU für Timo Kirchhoff

Frau Sylke Heilker CDU für Torsten Wilters

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Horst Segebade SPD für Monika Sager-Gertje

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

Herr Eckhard Roese B90/Grüne ab 17:18 Uhr

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Theo Meyer UWG

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen bis 18:25 Uhr

Herr Stefan Unnewehr

Herr Andre Düring

Herr Dennis Thoben

Frau Tabea Triebe

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Herr Stefan Tölen Technik

Gäste

Frau Mareike Wübben von der Nordwest Zeitung Rastede

Herr Olaf Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Frau Annika große Austing vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

Herr Dipl.- Ing. Architekt Detlef Stigge

Herr Sebastian Mannl von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Christoph Hollander von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Foke Witschen von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Robert Lohkamp von der Residenzort Rastede GmbH
sowie ca. 40 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Timo Kirchhoff CDU

Herr stv. BM Torsten Wilters CDU

Frau Monika Sager-Gertje SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.02.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Küstenautobahn A 20 - Zweiter Bauabschnitt - Stellungnahme der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2018/045
- 6 63. Änderung des Flächennutzungsplans - Gewerbegebiet Hahn-Lehmden
Vorlage: 2018/002
- 7 4. Änderung des Bebauungsplans 28 - Gewerbegebiet Hahn-Lehmden
Vorlage: 2018/003
- 8 Aufstellung Bebauungsplan 113 - Erweiterung Gewerbegebiet Bürgermeister-Brötje-Straße
Vorlage: 2018/027
- 9 Aufstellung des Bebauungsplans 109 - Südlich Schloßpark IV
Vorlage: 2018/048
- 10 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II - Gewerbegebiet zwischen Finkenstraße und Bahnlinie
Vorlage: 2018/026
- 11 Deckenprogramm 2018
Vorlage: 2018/008
- 12 Ertüchtigung Turnierplatz
Vorlage: 2018/052
- 13 Einwohnerfragestunde
- 14 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Lamers regt an, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt hierüber abzustimmen. Im Übrigen schlägt sie vor, nach den beiden Vorträgen zu Top 5 „Küstenautobahn A 20 - Zweiter Bauabschnitt - Stellungnahme der Gemeinde Rastede“ (Vorlage 2018/045) jeweils eine Einwohnerfragestunde zuzulassen.

Seitens der Ausschussmitglieder wird dieses Vorgehen befürwortet.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.02.2018

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.02.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Frau Lamers weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnern, die vom Bürgermeister und Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden beziehungsweise deren Beantwortung im Nachgang zugesagt wird. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Protokollierung der Einwohnerfragestunde
- Zumutbarkeit des Schattenwurfs (zu Top 6 und 7 wie alle folgenden Fragen)
- Verschattung des Gebäudes Nelkenstraße 13
- Verschattung und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch
- Durchschnittliche jährliche Verschattung des Gebäudes Nelkenstraße 13
- Berechnungsgrundlagen für das Schattenwurfgutachten
- Veränderung der Abstände der geplanten Gebäude zur Wiefelsteder Straße

Tagesordnungspunkt 5

Küstenautobahn A 20 - Zweiter Bauabschnitt - Stellungnahme der Gemeinde Rastede

Vorlage: 2018/045

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt eingangs noch einmal das geplante Vorgehen in der heutigen Sitzung vor und macht hinsichtlich der gemeindlichen Stellungnahme insbesondere darauf aufmerksam, dass der Grunderwerb und die Flurbereinigung sowie die Wertminderungen des Eigentums Dritter nicht Bestandteile des Planfeststellungsverfahrens sind und in der Stellungnahme die Belange der Gemeinde Rastede explizit betroffen sein müssen, sodass im Umkehrschluss jeder Betroffene eigenständige Stellungnahmen abgeben sollte, um seine Ansprüche gegebenenfalls geltend zu machen.

Herr Mannl und Herr Wittschen von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stellen anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, den geplanten Trassenverlauf im Abschnitt 2 zwischen der A 29 bei Jaderberg und Schwei vor und gehen dabei insbesondere auf den vorgesehenen Schallschutz, die Veränderung des Wegenetzes im Bereich der Gemeinde Rastede sowie die umfangreichen Entwässerungsmaßnahmen mit den einhergehenden Ersatzmaßnahmen für das wasserwirtschaftliche System ein.

Frau Lamers weist darauf hin, dass nach der Vorstellung der Planung durch die Landesbehörde eine Einwohnerfragestunde vorgesehen ist. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnern, die von den Vertretern der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Faktisches Vogelschutzgebiet südliche Jadermarsch
- Variantenauswahl West 2 und West 3
- Grundwasserabsenkung in den 90er Jahren durch den OOWV
- Lärmschutzmaßnahmen
- Abwägungsprozess
- Tragfähigkeit / Verdichtung des Bodens
- Beweissicherungsverfahren
- Druck durch gespannte Wasserleiter
- Brückenbreite über die K131 und K 132 für den landwirtschaftlichen Verkehr

Herr Unnewehr stellt im Anschluss anhand einer Folienpräsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Stellungnahme der Gemeinde Rastede vor, und betont, dass die Trasse West 3 grundsätzlich nicht den Vorstellungen der Gemeinde Rastede entspricht und die Trasse West 2 nach wie vor – auch in einer modifizierten Lage – die beste Lösung darstellt. Er weist insbesondere noch einmal auf die unzureichende Lärmvorsorge, die Grundwasserproblematik mitsamt des erforderlichen Beweissicherungsverfahrens, die Kompensation, die Belange des Brandschutzes und die Belange des nachgeordneten Straßenverkehrsnetzes hin.

Herr Röse betritt den Sitzungssaal um 17:18 Uhr, sodass jetzt 11 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen anwesend sind.

Frau Lamers erläutert, dass nunmehr die zweite Einwohnerfragestunde zum Themenkomplex A 20 vorgesehen ist. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnern, die vom Bürgermeister und Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Vertretern der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Radweg entlang der Lehmdorfer Straße
- Beweissicherung / mögliche Schäden an Pfahlgründungen
- Grundwasserabsenkung
- Einstufung der Dörpstraate als erhaltenswerte Straße
- Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
- Verantwortung für Planung

Herr Röben bemerkt, dass heute keine Entscheidung über den Bau der A 20 ansteht, sondern die Gemeinde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die Möglichkeit hat, ihre Bedenken gegenüber der vorgestellten Trassenführung und den damit verbundenen Auswirkungen vorzubringen. Er begrüßt vor diesem Hintergrund die ausgearbeitete gemeindliche Stellungnahme ausdrücklich, die insbesondere verstärkt auf die Belange der Menschen eingeht.

Herr Kramer signalisiert ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag und betont, dass es heute eigentlich nur darum geht, Schadensbegrenzung zu erzielen, indem zahlreiche wichtige Belange in der Stellungnahme eingearbeitet wurden. Er begrüßt ebenso wie Herr Röben, dass das Schutzgut Mensch deutlich in den Vordergrund gerückt wird und regt in diesem Zusammenhang ergänzend an, die Themen Lärmschutz, Beweissicherung (Grundwasserproblematik) und Brückenbreite noch einmal deutlich zu konkretisieren.

Herr Langhorst erinnert daran, dass sich die Ratsgremien bereits seit dem Jahr 2000 mit der A 22/20 beschäftigen und sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stets gegen den Autobahnbau ausgesprochen hat. Gleichwohl begrüßt die Fraktion die Stellungnahme der Gemeinde Rastede zum Planfeststellungsverfahren ausdrücklich, die aber wie von Herrn Kramer bereits angesprochen, an einigen Stellen noch konkretisiert und auch einfordernder formuliert werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Herr Mannl, dass die prognostizierten 29.000 Fahrzeuge pro Tag auf Grundlage einer Verkehrsverflechtungsprognose des Bundes unter Berücksichtigung demographischer Veränderungen ermittelt wurden, die Schallausbreitung auf Grundlage eines Worst-Case-Szenarios basiert, der durch die vorgesehene Torfentnahme zu erwartende CO₂-Ausstoß mit entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen kompensiert wird und die Belastung durch Lkw-Fahrten während der Bauphase durch eigens erstellte Baustraßen minimiert werden soll.

Auf weitere Anfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Mannl, dass der Bundesverkehrswegeplan inzwischen als Gesetz verabschiedet und die A 20 im vordringlichen Bedarf eingestuft wurde, sodass die Finanzierung des Baus gesichert ist und die Fertigstellung bis 2030 erfolgen soll.

Herr Theo Meyer gibt zu verstehen, dass sich die UWG in der Vergangenheit grundsätzlich gegen den Bau der A 20 ausgesprochen hat, jedoch den jetzt eingeschlagenen Weg der Gemeinde mitträgt, um den möglichen Schaden für die Menschen zu minimieren. Er spricht sich ebenso wie einige Vorredner dafür aus, statt passiven Lärmschutz einen breiten aktiven Lärmschutz einzufordern.

Herr Krause bemerkt, dass sich die SPD-Fraktion stets für die Variante West 2 ausgesprochen hat und es bis heute nicht nachvollziehbar ist, dass ein faktisches Vogelschutzgebiet einen höheren Stellenwert genießt als das Schutzgut Mensch. Er erkundigt sich, inwieweit die von der Verwaltung nördlich skizzierte Alternativtrasse realisierbar ist, ob einseitiger Schallschutz nicht den Lärm auf die gegenüberliegende Seite projiziert und inwiefern Rettungsfahrzeuge die Versorgungsauffahrt auf Höhe der Lehmdorfer Straße nutzen können.

Herr Mannl weist darauf hin, dass das Schutzgut Mensch grundsätzlich einen hohen Stellenwert hat und dass sowohl bei der Variante West 2 als auch bei der Variante West 3 eine Betroffenheit für den Menschen gegeben wäre. Hinsichtlich der Rettungszufahrt, der Alternativtrasse und der Lärmschutzwände macht er deutlich, dass die Zu- und Abfahrt von der Freiwilligen Feuerwehr genutzt werden kann, die alternative Streckenführung zunächst geprüft werden muss und absorbierende Lärmschutzwände verbaut werden, die eine Reflektion des Lärms verhindern.

Frau Lamers unterbreitet nach der Aussprache den Beschlussvorschlag, die Stellungnahme der Gemeinde Rastede, die der Vorlage als Anlage beigefügt ist, grundsätzlich zu beschließen und die vorgetragenen Ergänzungen und Konkretisierungen für den Verwaltungsausschuss am 12. März 2018 einzuarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Kramer ergänzt, dass die überarbeitete Stellungnahme der Gemeinde im Anschluss umgehend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme der Gemeinde Rastede, die dieser Vorlage als Anlage beigefügt ist, wird grundsätzlich beschlossen. Die vorgetragenen Ergänzungen und Konkretisierungen werden eingearbeitet und dem Verwaltungsausschuss am 12. März 2018 zur Entscheidung vorgelegt.

| |
|---|
| <p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Ja-Stimmen: 11</p> <p>Nein-Stimmen:</p> <p>Enthaltung:</p> <p>Ungültige Stimmen:</p> |
|---|

Tagesordnungspunkt 6

**63. Änderung des Flächennutzungsplans - Gewerbegebiet Hahn-Lehmden
Vorlage: 2018/002**

Sitzungsverlauf:

Frau große Austing vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist, noch einmal die wesentlichen Inhalte der 63. Flächennutzungsplanänderung sowie der 4. Änderung des Bebauungsplans 28 vor und macht insbesondere deutlich, dass sich im Vergleich zum Vorentwurf mit der Übernahme der Wasserschutzzone, einer Konkretisierung der textlichen Festsetzung Nr. 1 (Erläuterungen zu der Zulässigkeit zentrenrelevanter Sortimente), der Ausarbeitung eines alternativen Fuß- und Radweges, der Umwandlung einer Wallhecke und einer Ergänzung von örtlichen Bauvorschriften zur Gebäudegestaltung einige Veränderungen ergeben haben. Im Übrigen informiert sie ausführlich mit dem Kollegen Dipl.-Ing. Stigge mithilfe von kleinen Filmclips über die erarbeiteten Schattenwurfgutachten, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen sowie den daraus resultierenden Abwägungsvorschlägen.

Hinweis: Die vorgestellten Filmclips können bei Bedarf im Rathaus eingesehen beziehungsweise von der Verwaltung angefordert werden.

Herr Röben begrüßt die geplante Erweiterung der Firma Popken Fashion Group mit der einhergehenden Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen am Standort Hahn-Lehmden ausdrücklich und betont, dass die Firma im Rahmen der laufenden Planung mit der Optimierung der Gebäudeanordnung zwecks Verringerung der Verschattung und der Lärmimmissionen, der Fassadengestaltung sowie der alternativen Fuß- und Radwegenanbindung bereits nicht unerheblich auf die Belange der Anwohner eingegangen ist.

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass sie sich vom Grundsatz her ebenfalls für die Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten für das Unternehmen ausspricht, jedoch die Belange der Nachbarschaft zum jetzigen Zeitpunkt als nicht ausreichend berücksichtigt erachtet. Sie regt an, die 22 m hohe Lagerhalle weiter in Richtung Süden zu verschieben, um somit die Verschattung der Nelkenstraße weitestgehend minimieren zu können.

Herr Kramer bittet Frau große Austing darum, noch einmal auf die eingangs in der Einwohnerfragestunde gestellten Fragen einzugehen.

Frau große Austing erläutert, dass das zitierte Urteil des Oberverwaltungsgerichts sich auf Windkraftanlagen bezieht, die einen sogenannten Diskoeffekt erzeugen, sodass die Zumutbarkeit des Schattenwurfs nicht vergleichbar ist. Im Übrigen bejaht sie die Frage, dass die Beschattungsdauer des Gebäudes in der Nelkenstraße 13 in den Wintermonaten statistisch über 30 Minuten liegt.

Herr Kramer gibt zu verstehen, dass die Situation durchaus problematisch ist, obwohl rechtlich alles in Ordnung erscheint, sodass eine Entscheidung nicht so einfach zu treffen ist.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen von Frau Fisbeck und Herrn Kramer vom Grundsatz her an und gibt zu verstehen, dass versucht werden sollte, die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. Er unterbreitet den Vorschlag, noch einmal Alternativen hinsichtlich der Gebäudeanordnung zu erarbeiten und zu prüfen, wie weit das Gebäude nach Süden verschoben werden müsste, um die Verschattung in der Nelkenstraße komplett zu verhindern.

Herr Mosebach betont, dass die Idee, die Gebäudehöhe des geplanten Lagers von 22 auf 16 m zu reduzieren oder aber das Gebäude um mehrere Meter nach hinten zu verlagern, keinen nennenswerten Veränderungen bringt, da in den relevanten Wintermonaten die Sonne sehr tief steht, sodass die Beschattung in Richtung Nelkenstraße kaum zu verringern ist.

Herr Stigge unterstreicht mithilfe eines Videoclips, dem eine Gebäudehöhe von 16 m zugrunde liegt, die Äußerungen von Herrn Mosebach und ergänzt, dass die Verschattung nur punktuell in den dunklen Wintermonaten auftritt, während von Frühjahr bis zum Spätsommer/Herbst überhaupt keine Beeinträchtigungen für die Anwohner der Nelkenstraße vorliegen.

Auf Nachfrage von Herr Langhorst erklärt Herr Mosebach, dass die Situation für wartende Lkw-Fahrer mit dem Neubaukomplex verbessert werden soll und das mit einer deutlichen Verschiebung des Lagers in Richtung Süden eine erhebliche Erhöhung der Lärmimmissionen einhergehen, da bei dieser Konstellation die Lkw-Verkehre in dem Bereich entlang der Wiefelsteder Straße gezogen werden. Im Übrigen ist die Firma bei der Planung schon sehr weit auf die Belange der Bevölkerung eingegangen, was sich insbesondere bei der Gebäudeanordnung und -gestaltung sowie der umfänglichen Begrünung mit den großen Bäumen widerspiegelt.

Herr Theo Meyer und Herr Krause schließen sich den Ausführungen von Herrn Langhorst, Herrn Krause und Frau Fisbeck an und betonen, dass grundsätzlich noch Beratungsbedarf hinsichtlich der Gebäudeanordnung besteht.

Herr Kramer unterbreitet den Vorschlag, die Auslegung heute auf den Weg zu bringen und im Rahmen der nächsten Planungsstufe die von einigen Ausschussmitgliedern gewünschten alternativen Schattenwurfsimulationen hinsichtlich der Gebäudeanordnung und -höhe vorzustellen.

Herr Mosebach weist darauf hin, dass bei einer relevanten Planänderung gegebenenfalls eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich wird.

Sodann lässt die Ausschussvorsitzende Frau Lamers über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 05.03.2018 berücksichtigt.

2. Dem Entwurf der 63. Änderung des Flächennutzungsplans einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 1 |
| Enthaltung: | |
| Ungültige Stimmen: | |

Tagesordnungspunkt 7

**4. Änderung des Bebauungsplans 28 - Gewerbegebiet Hahn-Lehmden
Vorlage: 2018/003**

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter TOP 6 verwiesen.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 05.03.2018 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans 28 mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 1 |
| Enthaltung: | |
| Ungültige Stimmen: | |

Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung Bebauungsplan 113 - Erweiterung Gewerbegebiet Bürgermeister-Brötje-Straße

Vorlage: 2018/027

Sitzungsverlauf:

Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt ist, die in den Anlagen zur Vorlage erläuterten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge dar und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungunterlagen der Bebauungsplan 113 nebst Begründung und Umweltbericht ohne Änderungen in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden könnte.

Herr Langhorst signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag, weist allerdings darauf hin, dass bei einer möglichen Erweiterung des Gewerbegebiets nicht weiter in das Stellmoor vorgedrungen, sondern abknickend vom Stellmoorweg einer geraden östlichen Linie in Richtung A 29 gefolgt werden sollte.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 05.03.2018 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 113 – Erweiterung Gewerbegebiet Bürgermeister-Brötje-Straße – mit Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung des Bebauungsplans 109 - Südlich Schloßpark IV
Vorlage: 2018/048

Sitzungsverlauf:

Herr Mosebach stellt mithilfe einer Präsentation (Anlage 5 zur Niederschrift) die Grundzüge der Planung vor und macht darauf aufmerksam, dass gemäß § 13 b BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans 109 im vereinfachten Verfahren durchgeführt werden kann.

Herr Kramer signalisiert Zustimmung zum Verfahren und zum Bebauungsplan und weist darauf hin, dass es sich hier um eine Abrundung der vorhandenen Bebauung handelt und das gesamte Baugebiet „Südlich Schloßpark“ nunmehr abgeschlossen werden kann.

Frau Fisbeck weist darauf hin, dass im Bereich „Südlich Schloßpark“ bislang keine Mehrfamilienhäuser gebaut wurden. Sie hinterfragt, warum direkt am vorhandenen Teich entsprechende Grundstücke vorgesehen sind und warum die Möglichkeit der Mehrfamilienhausbebauung nicht auf den Bereich direkt am Loyer Weg begrenzt wird.

Herr Mosebach stellt heraus, dass die Struktur der Mehrfamilienhausbebauung im Verlauf des Verfahrens noch veränderbar ist und angepasst werden kann. Vor dem Hintergrund, dass auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine ähnlich massive Bausubstanz vorhanden ist, würde sich daher aus seiner Sicht auch der Bereich entlang des Loyer Weges für eine Mehrfamilienhausbebauung mit jeweils vier Wohneinheiten anbieten.

Herr Langhorst legt dar, dass es seit geraumer Zeit Zielsetzung ist, in jedem Baugebiet eine Mehrfamilienhausbebauung zu ermöglichen. Dessen ungeachtet spricht er sich ebenfalls dafür aus, im laufenden Verfahren die Lage der Grundstücke für die Mehrfamilienhäuser gegebenenfalls noch zu tauschen.

Auf Nachfrage von Herrn Krause hinsichtlich der unterschiedlich dargestellten Erschließungsvarianten in den Anlagen 1 und 3 erläutert Frau Triebe, dass mit dem in der Anlage 1 dargestellten städtebaulichem Konzept, in erster Linie der Straßenverlauf geregelt werden sollte, während der inzwischen weitergehende Entwurf des Bebauungsplans bereits konkrete Vorschläge zur künftigen Erschließung macht. Im Übrigen ist es aus Sicht der Verwaltung aufgrund des Verkehrsaufkommens sinnvoller, die Mehrfamilienhäuser an die vorgesehene Planstraße anzuschließen.

Beschlussempfehlung:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplans 109 – Südlich Schloßpark IV – mit örtlichen Bauvorschriften wird zugestimmt.

2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 13b BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | |
| Enthaltung: | |
| Ungültige Stimmen: | |

Tagesordnungspunkt 10

4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II - Gewerbegebiet zwischen Finkenstraße und Bahnlinie
Vorlage: 2018/026

Sitzungsverlauf:

Frau Triebe stellt mithilfe einiger Folien (Anlage 6 der Niederschrift) noch einmal die wesentlichen Planungsziele, die in den Anlagen zur Vorlage erläuterten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge dar und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen die 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden könnte.

Herr Theo Meyer verlässt den Sitzungssaal und nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 05.03.2018 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplans 6 F II mit örtlichen Bauvorschriften sowie die Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Deckenprogramm 2018
Vorlage: 2018/008

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt anhand einer Präsentation (Anlage 7 der Niederschrift) das Deckenprogramm 2018 vor.

Auf Nachfrage von Herrn Segebade erklärt Herr Unnewehr, dass für den Ausbau des Dwowegs gegebenenfalls noch Fördergelder im Rahmen der weiteren A-20-Planung erwartet werden, sodass die Verwaltung die Sanierung der Straße zunächst zurückgestellt hat. Sollten diesbezüglich bis zum kommenden Jahr keine Fördergelder in Aussicht gestellt werden, würde die Verwaltung den Dwoweg als einer der nächsten Maßnahmen für die Folgejahre vorschlagen.

Beschlussempfehlung:

Die in der Anlage 1 zu dieser Vorlage gekennzeichneten Straßen werden in dem bezeichneten Umfang im Rahmen des Deckenprogramms 2018 saniert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 12

**Ertüchtigung Turnierplatz
Vorlage: 2018/052**

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt eingangs noch einmal die wesentlichen Inhalte der Beratungsvorlage vor.

Herr Kramer weist darauf hin, dass der Schlosspark mitsamt dem Turnierplatzgelände im öffentlichen Fokus steht, sodass es richtig ist, die angedachten Maßnahmen in enger Abstimmung mit der Denkmalpflege und auf Grundlage entsprechender Gutachten vorzunehmen. Er weist ergänzend darauf hin, dass der Vielseitigkeitswall seit vielen Jahren nicht mehr benutzt wird und aufgrund zahlreicher Vandalismusschäden obendrein sanierungsbedürftig ist, sodass die Entfernung ratsam ist, zumal dadurch den Veranstaltern bei der Platzgestaltung ein deutlich größerer Gestaltungsspielraum gegeben wird.

Auf Nachfrage von Herrn Bischoff hinsichtlich einer möglichen Endschärfung der Wasserproblematik in der Ellernteichkurve erklärt Herr Unnewehr, dass nach seiner Erkenntnis eine Absenkung des als Regenwasserrückhaltebeckens angelegten Ellernteichs nicht möglich ist.

Herr Langhorst begrüßt ebenso wie Herr Kramer die öffentliche politische Debatte über die Sanierung des Turnierplatzes, der als Juwel im Zentrum Rastede eingebettet in die Achse Freibad-Sportplatz-Schloss-Palais auch entsprechend instand gesetzt werden muss. Nicht ganz nachvollziehbar ist aus seiner Sicht jedoch, dass für die Entfernung des Vielseitigkeitswalls und der Abfuhr des Mutterbodens noch ein Betrag von 10.000 Euro gezahlt werden muss.

Auf Nachfrage von Herrn Roese erklärt Herr Unnewehr, dass durch die Entfernung des Walls zwar im Verhältnis zum Gesamtgelände nicht viel mehr Platz geschaffen wird, sich mit dieser Maßnahme jedoch deutlich mehr Gestaltungsspielraum beim Platzaufbau eröffnet, womit das gesamte Areal entlastet werden kann.

Beschlussempfehlung:

Die Maßnahmen zur Ertüchtigung des Turnierplatzgeländes für das Haushaltsjahr 2018 werden gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

Die Maßnahmen, die gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage für 2019 und Folgejahre vorgesehen sind, stehen unter grundsätzlichem Finanzierungsvorbehalt sowie der vorherigen Prüfung der Einwerbung von Zuschüssen Dritter.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | |
| Enthaltung: | |
| Ungültige Stimmen: | |

Tagesordnungspunkt 13

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister beziehungsweise an die Verwaltung gestellt.

Tagesordnungspunkt 14

Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 20:21 Uhr.